

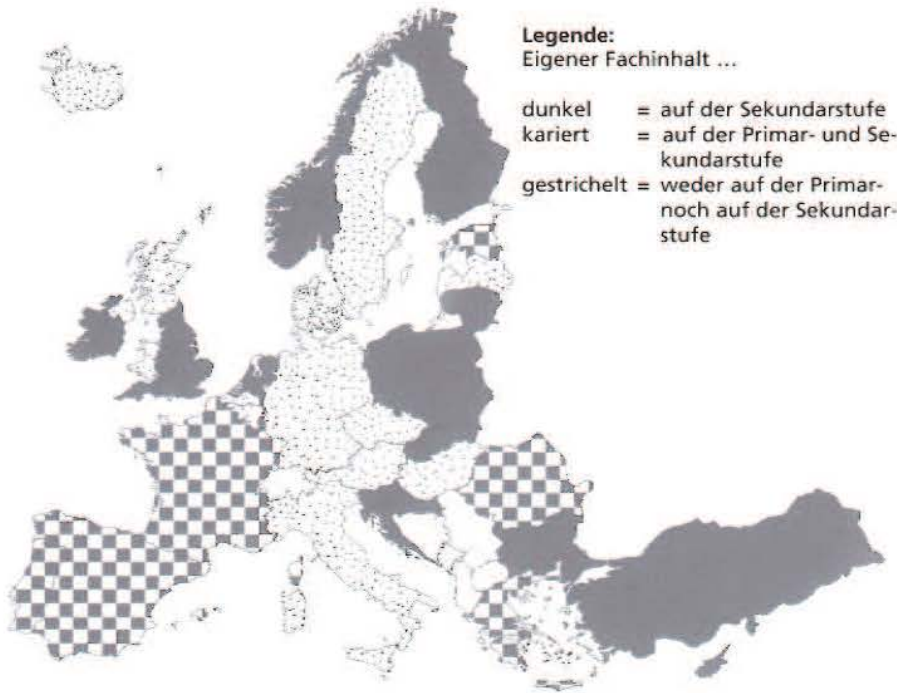
DGB: Sozioökonomische Bildung statt eindimensionaler Betriebs- und Volkswirtschaftslehre

Berlin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften haben im Juni 2012 ein Positionspapier zur Verankerung wirtschaftlicher Inhalte im Lehrplan der allgemeinbildenden Schulen veröffentlicht, in dem acht Eckpunkte zur Debatte über die bestmögliche ökonomische Bildung formuliert sind (siehe <http://www.dvpb.de>):

- 1 Der Themenbereich Wirtschaft an Schulen soll im Rahmen einer umfassenden sozioökonomischen Bildung behandelt werden, die auch die politischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, rechtlichen und ethischen Dimensionen enthält.
- 2 In der Vorbereitung junger Menschen auf die Arbeitswelt und ihre persönliche Lebensplanung kommt es besonders auf die Befähigung zur kritische Urteilsbildung und Partizipation an.
- 3 Einem solch umfassenden Bildungsanspruch wird ein separates Fach Wirtschaft nicht gerecht. Gegen die derzeitigen Bestrebungen aus den Kreisen der Wirtschaft, ein monodisziplinäres ökonomistisches Fach einzuführen, soll sozioökonomische Bildung vielmehr interdisziplinär und fächerübergreifend angelegt sein.
- 4 Im Sinne des Beutelsbacher Konsens der politischen Bildung dürfen Unterrichtsmaterialien nicht zur Selbstdarstellung und für die eigene Interessenspolitik missbraucht werden: Indoktrinationsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung gelten auch für Lernmaterialien in der ökonomischen Bildung.
- 5 Für den Bildungsauftrag der Schulen bedeutet dies, die dienende Funktion der Wirtschaft für die Gesellschaft und die Menschen zu betonen. Dem Lobbyismus an Schulen und der Dominanz wirtschaftlicher Interessen muss Einhalt geboten werden.
- 6 Der DGB regt die Einrichtung einer staatlich verantworteten Monitoringstelle an, die einschlägige Materialien, Schulbücher, Kooperationen und Angebote der Lehrerfortbildung im Bereich der ökonomischen Bildung auf ihre Qualität, Ausgewogenheit und Multiperspektivität hin prüft.
- 7 Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss einen interdisziplinären Ansatz sozioökonomischer Bildung realisieren. Diese lässt sich nicht einseitig aus der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre ableiten. Andererseits benötigen Lehrerinnen und Lehrer die Fähigkeit, die unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen zu verstehen und sie im Hinblick auf den Bildungsauftrag der Schule im Unterricht zu thematisieren.
- 8 Die Gewerkschaften treten für eine gerechte und zukunftsfähige Schulpolitik im Sinne der Kinder der Beschäftigten und Arbeitslosen ein. Im Rahmen der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Schule und Arbeitswelt (www.schule.dgb.de) machen sie Schulen unterstützende Angebote und fördern schulpolitische Aktivitäten vor Ort.

Mit diesen Eckpunkten weicht der DGB bewusst von dem gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden (BDA) formulierten Memorandum aus dem Jahre 2000 ab, in dem noch die Einführung eines Faches Wirtschaft im Pflichtbereich aller Schulen der Sekundarstufe I und eine angemessene Weiterführung in der Sekundarstufe II gefordert worden war. Explizit wenden sich die Gewerkschaften gegen die Bildungsstandards für den Unterricht und die Lehrerbildung, die 2009/10 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie wirtschaftsnahe Institute publiziert hatten (siehe POLIS 4/2010, S. 4f. und 1/2011, S. 4f.).

vO



Provision of a separate, compulsory subject focused on elements of citizenship education, according to national curricula (ISCED 1, 2 and 3), 2010/11

Source: Eurydice.

Neue Studie zur Verbreitung politischer Bürgererziehung an den Schulen Europas

Brüssel. Bürger, insbesondere junge Menschen, darin zu bestärken, sich aktiv im sozialen und politischen Leben zu engagieren, wird sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene aus politischer Sicht immer wichtiger. Soziale Verantwortlichkeit und Bürgerkompetenz beispielsweise zählen zu den acht Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen, die im Jahr 2006 vom Europäischen Parlament und vom Rat festgelegt wurden. Die Förderung der aktiven Bürgerschaft wird darüber hinaus im strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) als eines der Hauptziele für Bildungssysteme in ganz Europa angeführt.

Da Bildung als eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft betrachtet wird, versucht der *Eurydice-Bericht Citizenship Education in Europe* (Bürgererziehung in Europa) aus dem Jahr 2012 abzubilden, wie sich die Politik und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bürgererziehung im Laufe der letzten Jahre in europäi-

schen Ländern entwickelt haben. Zu diesem Zweck enthält der Bericht einen Überblick über den aktuellen Stand in Bezug auf fünf Kernthemen: 1) Zielsetzungen und Organisation von Lehrplänen; 2) Einbeziehung von Schülern und Eltern an Schulen; 3) Schulkultur und Engagement von Schülern in der Gesellschaft; 4) Bewertung und Evaluierung; 5) Unterstützung von Lehrern und Schulleitern.

In diesem Bericht bezieht sich Bürgererziehung auf Aspekte der Bildung auf schulischer Ebene, die Schüler auf ein Leben als aktive Bürger vorbereitet, indem sie ihnen das Wissen, die Fähigkeiten und die Einstellung vermittelt, die zur Entwicklung und zum Wohlbefinden der Gesellschaft, in der sie leben, beitragen. Die Definition umfasst nicht nur das Lehren und Lernen im Klassenzimmer, sondern auch praktische Erfahrungen, die durch das Schulleben und gemeinnützige Aktivitäten gewonnen werden.

Der Bericht enthält Informationen zu 31 der am Eurydice-Netz beteiligten Ländern (EU-Mitgliedstaaten, Island, Norwegen, Kroatien und Türkei) und stellt die Fortschritte vor, die seit dem Erscheinen der letzten Eurydice-Studie zu

diesem Thema im Jahr 2005 beobachtet werden konnten. Sofern relevant, wurden auch alle politischen Reformen berücksichtigt, die für die nächsten Jahre geplant sind. Die nebenstehende Karte veranschaulicht die europäischen Länder mit und ohne eigenständiges Pflichtfach an den Primar- und Sekundarschule im Schuljahr 2011/12. Die vollständige Untersuchung „Citizenship Education in Europe“ in englischer Sprache kann im Internet unter der URL http://eacea.ec.europa.eu/eurydice/thematic_studies_de.php abgerufen werden.

Eurydice (Europäisches Bildungsinformationssystem)

CiCe-Konferenz in Lissabon Call für Papers

London. Das europäische Netzwerk „Children’s Identity & Citizenship in Europe“ (CiCe) veranstaltet von Donnerstag, den 13. Juni bis Samstag, den 15. Juni 2013 am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Lissabon eine wissenschaftliche Konferenz zu „Identitäten und Bürger-Erziehung, Kontroverse, Krise und Herausforderungen“. Zusätzlich findet zum gleichen Themenkreis eine Vorkonferenz für Promovenden am 12. und 13. Juni statt. Interessenten werden auf der Homepage von CiCe (<http://cice.londonmet.ac.uk/>) zur Teilnahme an der Konferenz und zur Beteiligung mit einem Beitrag aufgerufen. Angebote und Textentwürfe zu Beiträgen können über diese Homepage zwischen dem 7. und 14. Januar 2013 eingereicht werden. Hier finden sich auch weitere ausführliche Informationen zu Zielen, Programm und Teilnahmebedingungen.

vO

60 Jahre Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Bonn

Bonn. „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag“, sagte Michael Krüger, Verleger des Hanser Verlages, in die Kamera. Der Sozialpsychologe Prof. Harald Welzer gratulierte zur „unverzichtbaren Arbeit“, die die bpb für die deutsche Gesellschaft leiste. Am 25. November 2012 feierte die Bundeszentrale für politische Bildung ihren 60. Geburtstag. Bereits seit einigen Wochen konnten Kunden, Partner und Freunde der Bundeszentrale virtuell gratulieren und ihre Glückwünsche im Netz hochladen (www.youtube.com/bpbv). Die DVPB und POLIS schließen sich der Gratulantenschar an und wünschen auch weiterhin viel Erfolg bei der Abwehr von finanziellen Kürzungen durch die Bundesregierung.

Am 25. November 1952 war die Bundeszentrale für Heimatdienst – ab 1963 Bundeszentrale für politische Bildung – aus der Taufe gehoben worden. Sie sollte den demokratischen Gedanken in der Bevölkerung verankern und totalitären Bestrebungen entgegenwirken. Anfangs standen vor allem die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und mit dem Kommunismus im Mittelpunkt, im Laufe der Jahre hat sich das Spektrum der Themen, Formate und Methoden stark erweitert (weitere Informationen unter: www.bpb.de/bpbgeschichte). Dabei verfolgt die Bundeszentrale seit der Gründung das Ziel, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.

Die wichtigsten Meilensteine der politischen Bildung werden derzeit im bpb-Facebook-Profil zusammengestellt: www.facebook.de/bpb.de. Um diese Geschichte geht es auch in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)“ mit dem Titel „Politische Bildung“ (APuZ 46–47/2012). Die Politikwissenschaftlerin Gudrun Hentges schreibt über die Gründung der Bundeszentrale für Heimatdienst. Rüdiger Thomas gibt im Interview Einschätzungen zu Vergangenheit und Zukunft der Institution. Alle Informationen zum 60. Geburtstag auf einen Blick: www.bpb.de/60-Jahre-bpb.

vO

GLOSSE

Das große I

Nicht alle Autorinnen und Autoren, die deutsch schreiben, scheinen sich der Tatsache bewusst zu sein, dass im Deutschen das grammatische Geschlecht der Wörter dem natürlichen Geschlecht der damit Bezeichneten häufig nicht entspricht. Worte wie Autoren, Leser und Wähler – die Beispiele ließen sich beliebig vermehren – sagen über das Geschlecht der Gemeinten nichts aus, auch wenn die jeweiligen Singularformen grammatisch männlich sind. Will man besonders auf Frauen hinweisen, stellt das Deutsche die Endung -in zur Verfügung, wie bekannt: „Leserinnen“. Das Verfahren, mit einem großen I in der weiblichen Endung, etwa „LeserInnen“, Frauen einzubeziehen, soll zwar auf den weiblichen Anteil einer möglichen Leserschaft hinweisen, trägt aber keineswegs zur Klärung bei. Erhard Eppler hat darauf hingewiesen, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter damit auch deshalb nicht erreicht werde, weil sich diese Neuerung gar nicht sprechen, sondern nur schreiben ließe (Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache, Frankfurt/M. 1992, S. 94). Schon Aristoteles habe gefordert, „alles Geschriebene müsse sich leicht vorlesen und vortragen lassen“. Epplers Vermutung, dass sich diese Mode deshalb nicht lange halten werde, hat sich leider noch nicht bestätigt.

Das große I lässt sich auch gar nicht konsequent durchhalten. Ein renommierter Verlag schreibt: „Als HerausgeberIn oder AutorIn eines Buches ... erhalten Sie Autorenrabatt“. Warum nicht AutorInnenrabatt? – Die Mehrzahl der Wähler ist Bildzeitungsleser. Sollte man schreiben: „Die meisten Wählerinnen und Wähler sind Leserinnen und Leser der Bildzeitung“? Die Amerikaner ..., die Sozialdemokraten ..., die Politiker ... – müssen da wirklich immer die weiblichen Mitglieder der Gruppen mit benannt werden? Ein normales Sprachempfinden erfordert das nicht. Auch die Männer werden in manchen Fällen

sprachlich vernachlässigt: „200 Personen kamen ums Leben“, nur Frauen, weil es „die Person“ heißt?

Unsere Sprache verfügt über genügend Flexibilität. Die Politiker sprechen schon lange von Wählerinnen und Wählern. Der Historikerverband heißt seit einigen Jahren „Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands“, umgangssprachlich wird man ihn weiter Historikerverband nennen. Wortungetüme wie HistorikerInnenverband oder WählerInnenverzeichnisse leisten keinen Beitrag zur Emanzipation. Es ist auch sprachlich noch immer Usus, von Damenmeisterschaften und Nationalmannschaften (von Frauen oder Männern) zu sprechen und zu schreiben.

Gern schreiben auch Autorinnen, vor allem in den Sozial- und Erziehungswissenschaften und den „gender studies“, anstelle von „man“ „man/frau“. Hier ist nun wirklich Unkenntnis am Werk. „Man“ hat mit dem Wort Mann nichts, aber auch gar nichts zu tun; zufällig klingt es nur so; „man“ entspricht dem englischen Pronomen „one“ und dem französischen „on“. Der Gipfel der Emanzipationssprache findet sich in einer Studie mit der Aussage, eine Autorin habe etwas „meisterinnenhaft“ geschildert (Barbara Holland-Cunz, Gefährdete Freiheit. Über Hannah Arendt und Simone de Beauvoir, Opladen, Berlin, Toronto 2012). Ist eine solche Passage nicht eine sexistische Vergewaltigung der deutschen Sprache?

Die sicher zu wünschende Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Geschlechter lässt sich mit solchen Manipulationen der deutschen Hochsprache nicht fördern. Man stelle sich vor, die gesamte Presse, die Literatur, gar die Poesie übernehme diese Mode oder die dann „KultusministerInnenkonferenz“ schreibe sie vor...

Dieter Schmidt-Sinn